



Informationen nach Art. 13 und 14 DSGVO

Arbeitsbereich: Sozialpädagogische Dienste

Wer ist für die Datenerhebung verantwortlich?

Für die Verarbeitung Ihrer Daten ist das Landratsamt Donau-Ries verantwortlich, mit dem Sie wie folgt Kontakt aufnehmen können:

Landratsamt Donau-Ries
Pflegstr. 2
86609 Donauwörth
E-Mail: info@lra-donau-ries.de
Telefon: +49 (0) 906/74-0

Wer ist der zuständige Datenschutzbeauftragte?

Mit dem behördlichen Datenschutzbeauftragten des Landratsamtes Donau-Ries können Sie unmittelbar auf den folgenden Wegen Kontakt aufnehmen:

Datenschutzbeauftragter Landratsamt Donau-Ries
Pflegstraße 2
86609 Donauwörth
Telefon: +49 (0) 906/74-0
E-Mail: datenschutz@lra-donau-ries.de

Wofür werden Ihre Daten erhoben und verarbeitet?

Ihre Angaben werden benötigt zur Bearbeitung von Meldungen der Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen (§ 8a SGB VIII) sowie zur Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB VIII wie z.B. Förderung der Erziehung in der Familie (§ 16 - 21 SGB VIII), Bearbeitung von Anträgen auf Hilfe zur Erziehung (27 ff SGB VIII), Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche mit den dazugehörigen ergänzenden Leistungen (§§ 35a ff SGB VIII) und Leistungen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII).

Ebenso werden personenbezogene Daten benötigt zur Erfüllung anderer Aufgaben der Jugendhilfe im Sinne von § 2 Abs. 3 SGB VIII wie die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII), die vorläufige Inobhutnahme von ausländischen Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise (§ 42a SGB VIII), die Erteilung, der Widerruf und die Zurücknahme der Pflegeerlaubnis (§ 44 SGB VIII) und die Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten (§ 50 SGB VIII).

Was ist die Rechtsgrundlage?

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. c und e DSGVO, § 2 SGB VIII, § 8a SGB VIII, Bundeskinderschutzgesetz, §§ 61 – 65 SGB VIII, § 67 ff. SGB X.

Welche Daten werden erhoben und verarbeitet?

Welche personenbezogenen Daten verarbeitet werden ist von der Sachlage im Einzelfall abhängig. Insbesondere können das sein: Namen, Adressen, Telefonnummern, Geburtsdaten, Email-Adressen, sowie fallspezifische Daten zu Situationen von Kindern und Familien, die zur pädagogischen Einschätzung und Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen der Leistungen erforderlich sind.

Wo werden die Daten erhoben?

Die Daten werden bei Ihnen bzw. beim jeweiligen Betroffenen erhoben. Werden die erforderlichen Daten nicht angegeben, kann jedoch keine Bearbeitung des Anliegens erfolgen. Ohne Mitwirkung werden Daten nur erhoben, wenn die Voraussetzungen des § 62 Abs. 3 und 4 SGB VIII erfüllt sind.

An welche Stellen werden Ihre Daten weitergegeben?

Die Weitergabe von Daten an verschiedene Empfänger, wie z.B. an Gerichte, andere Behörden oder beauftragte Rechtsanwälte erfolgt, soweit dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Unterliegen die Daten der Schweigepflicht, dürfen diese nur unter den gesetzlichen Voraussetzungen der §§ 203 StGB, 65 SGB VIII übermittelt werden (z.B. mit Ihrer Einwilligung).

Wie und wie lange werden die Daten gespeichert?

Die von Ihnen gemachten Angaben speichern wir in Papier- und in elektronischer Form. Die Daten werden 10 Jahre, beginnend mit Ablauf des Jahres, in dem das letzte Schriftstück zum Akt geschrieben wurde, aufbewahrt und gespeichert. Dies entspricht der Ministeriellen Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales vom 26.07.2004 (AMS VI 5/7273/1/03).

Welche Rechte haben Sie?

Hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten stehen Ihnen als einer betroffenen Person die nachfolgend genannten Rechte gemäß Art. 15 ff. DSGVO zu.

- Sie können Auskunft darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht



in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann (vgl. insbesondere Art. 10 BayDSG).

- Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Art. 16 DSGVO).

- Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Art. 18 DSGVO) verlangen. Das Recht auf Löschung nach Art. 17 Abs. 1 und 2 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 17 Abs. 3 Buchst. b DSGVO).

- Aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, können Sie der Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten durch uns zudem jederzeit widersprechen (Art. 21 DSGVO). Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, verarbeiten wir in der Folge Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr.

- Sollte die Datenverarbeitung aufgrund Ihrer Einwilligung erfolgen, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft, d.h. durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:
Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinne des Art. 51 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren. Zuständige Aufsichtsbehörde für bayerische öffentliche Stellen ist der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz unter <https://www.datenschutz-bayern.de> in der Rubrik „Landesbeauftragter-Kontakt“.